

14 JAN 1963

TAGESPOLITIK, KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/9

Bonn, den 14. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ostberlin im Schatten des SED-Parteitag</u> Kein "welthistorisches Ereignis" Von Eberhard Zachmann, Berlin	63
2	<u>Zweigleisig</u> Vor einem neuen Abschnitt der Abrüstungsgespräche ?	22
3 - 5	<u>Soziale Sicherheit im freien Europa</u> Angliederung und Verbesserung sozialer Leistungen Von Léon-Eli Troclet Ehemaliger Arbeits- und Sozialminister in Belgien	127
6	<u>Vorsicht im Strassenverkehrsrecht ;</u> Die Verkehrsteilnehmer müssen gehört werden Von Wolfgang Schwabe, MdB	45
7	<u>Sylvanus Olympio</u> Nach der Ermordung des Staatspräsidenten von Togo	42

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ostberlin im Schatten des SED-Parteitag

Kein "welthistorisches Ereignis"

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Das politische Leben in Ostberlin war in den Tagen vor dem VI. SED-Parteitag durch die Ungewissheit darüber gekennzeichnet, was die am 15. Januar beginnende Tagung bringen wird. Den Höhepunkt erreichte die Unsicherheit am Sonntag, als die Absetzung des Leiters der Staatlichen Plankommission, Mewis, mitgeteilt wurde. Diese Maßnahme Ulbrichts ist für viele SED-Funktionäre eine Bestätigung ihrer Vorahnung geworden, dass nach dem Parteitag mit einer Säuberungsaktion zu rechnen ist.

Mewis als Sündenbock

Wenn Ulbricht am Vorabend seines Parteitages, der den "umfassenden Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden" einleiten soll, zu einer solchen drastischen Maßnahme greift, so bereitet er damit dem künftigen "Siegeszug" seiner Partei und seines "Arbeiter- und Bauernstaates" einen miserablen Start. Mewis, seit langem Mitglied des ZK der SED, Kandidat des Politbüros und Einseitscher vor allem bei der "Sozialisierung der Landwirtschaft", ist ohne Zweifel der Sündenbock für die total misglückte Vorbereitung des VI. SED-Parteitages geworden.

Mewis war es, der im Oktober 1962 auf einer Tagung des Volkswirtschaftsrates zum Schrecken der Parteifunktionäre das Eingeständnis machte, dass es - entgegen der offiziellen Parteipropaganda - um die wirtschaftliche "Stärkung der DDR" schlecht bestellt sei. Er gab zu, dass im "kapitalistischen Westdeutschland" in den wichtigsten Industriezweigen die Arbeitsproduktivität um etwa 20 bis 15 Prozent höher sei als in den "volkseigenen" Betrieben der Zone und dass bereits in den ersten drei Quartalen des Jahres 1962 die wegen schlechter Qualität nicht absetzbaren Exportgüter einen Wert von 145 Millionen Mark ausmachten.

Kämpft Ulbricht gegen neue "Fraktionsbildung"?

Ging Mewis mit seiner Aufdeckung dieser zunehmenden Schwächezeichen zu weit? War seine Absetzung am Vorabend des Parteitages ein Racheakt Ulbrichts, der einen neuen Sündenbock für die Unfähigkeit des SED-Staates brauchte, "auf der Basis der materiellen Produktion" die Voraussetzungen für den "Sieg des Sozialismus" in Deutschland zu schaffen? Oder war vielleicht gar die Verbannung von Mewis, der - wie in internen Parteikreisen bekannt ist - schon seit Monaten nicht mit seiner harten Kritik an der von Ulbricht verlangten Überforderung der Zonenindustrie sparte, die Ausschaltung eines Spitzenfunktionärs, der Ulbricht gefährlich zu werden drohte? In der Person von Mewis könnte der SED-Chef den Ansatzpunkt für den Kampf gegen eine neue "Fraktionsbildung" erblicken, da dieser Mann ja der Schwiegersohn von Franz Dählem, eines alten Antipoden Ulbrichts im Kampf um die Parteiführung ist.

Grosse Töne

Die SED-Presse zeigt in ihren Kommentaren zu dem Parteitag wenig Optimismus. In der Berlin- und Deutschland-Frage tritt man ganz bewusst auf der Stelle, da man sich offensichtlich nicht im klaren darüber ist, was Chruschtschow über die letzte Moskauer Forderung hinaus, in Westberlin

sollten künftig nur Truppen unter UNO-Verantwortung stationiert sein, zur Berlin-Frage zu sagen haben wird. In diesem Zusammenhang beschränkt sich die SED-Presse auf die nichtssagende Floskel, die Teilnahme Chruschtschows am Parteitag müsse als Beweis des "Vertrauens und des Ansehens der SED in der Arbeiterbewegung der Welt" gesehen werden. Die Analyse der Situation, in der sich heute die SED und die "DDR" befinden, lässt es geradezu seltsam erscheinen, dass man in Pankow vom Parteitag als einem "welthistorischen Ereignis" spricht. Diese propagandistische Aufwertung des VI. SED-Parteitages verfolgt den Zweck, die Unsicherheit Pankows zu überspielen. Die Tatsache, dass zahlreiche Auslandsjournalisten sich angemeldet haben, - was nicht zuletzt auf die zu erwartende Auseinandersetzung Chruschtschows mit den Chinesen zurückzuführen ist, von der SED-Presse aber totgeschwiegen wird - gibt den Ostberliner Propagandisten einen in ihrer ungünstigen Situation willkommenen Anlass, so zu tun, als ob der Parteitag zum Nabel des Weltgeschehens geworden sei.

Die Presse- und Rundfunkpropaganda, die bis zu Beginn des Parteitages in Ostberlin festzustellen war, richtete sich ausschliesslich an die eigene Bevölkerung, der man das "welthistorische Ereignis" und die "Wende in ganz Deutschland" plausibel machen wollte, nicht zuletzt deshalb, weil die wirtschaftliche Entwicklung alles andere als die fortschreitende "Stärkung der DDR" beweist. Dies zu verbergen, scheint Ullbricht als eine der Hauptaufgaben des VI. SED-Parteitages anzusehen.

+ + +

Zweigleisig

sp - Die günstigen Auswirkungen der beigelegten Kuba-Krise scheinen nun auch auf ein Gebiet überzugreifen, das bisher zwischen den USA und der Sowjetunion Anlass zu scharfen Kontroversen und einem unversöhnlichen Meinungs-austausch bot: dem vielschichtigen Gebiet der Abrüstung. Es bildete den Hauptgegenstand des letzten Gesprächs des stellvertretenden sowjetischen Aussenministers Kusnezow mit Präsident Kennedy und Aussenminister Rusk. Welch grosse Bedeutung diesem Gespräch von beiden Seiten zugemessen wird, geht aus der Tatsache hervor, dass der Leiter der US-Abrüstungsbehörde, Foster, in Direktverhandlungen mit dem eigens im persönlichen Auftrag von Chruschtschow nach New York entsandten Zarapkin treten wird. In Genf, dem Ort jahrelanger Abrüstungsverhandlungen, zeigte sich Zarapkin intolerant, unnachgiebig und starr, seine Methoden waren gefürchtet, ja provozierend. Wenn der gleiche Mann, einer der wichtigsten sowjetischen Experten, jetzt nach New York beordert wurde, dann wohl sicherlich nicht aus dem Grund, den Genfer Leerlauf zu wiederholen. Scheint auf sowjetischer Seite die Bereitschaft vorhanden, das festgefahrene Gespräch über eine kontrollierte Einstellung der nuklearen Testversuche wieder in Gang zu bringen? Auffallend ist, dass Sowjetrussen und Amerikaner die kommenden Gespräche ohne Franzosen und Briten führen; darin liegt gewiss keine Bräskierung, wohl aber ein ernsthafter Versuch Washingtons und Moskaus, in direkter Fühlungnahme und ohne störende Einflüsse den Bereich einer möglichen Verständigung zunächst abzutasten. Selbst auf den Höhepunkten des Kalten Krieges achteten beide Weltmächte darauf, in Sachen Abrüstung den Faden nicht abreißen zu lassen. In Kennedys Überlegungen beansprucht die kontrollierte und gleichwertige Abrüstung die Priorität.

+ + +

Soziale Sicherheit im freien Europa

Von Léon-Eli Troclet

Ehemaliger Arbeits- und Sozialminister in Belgien

Der Verfasser dieses Artikels über die Europäische Konferenz für die soziale Sicherheit, die vom 10. bis 15. Dezember 1962 in Brüssel stattfand, ist gegenwärtig Vorsitzender des Sozialausschusses des Europäischen Parlaments. Seit 1945 ist er sozialistischer Senator von Lüttich (Belgien). Von 1945 bis 1949 und von 1954 bis 1958 war Léon-Eli Troclet Arbeits- und Sozialminister. Von 1950 bis 1958 war er Präsident der Internationalen Arbeitsorganisation.

Die Redaktion.

In den Verträgen über die Gründung der drei Europäischen Gemeinschaften konnten die Arbeitnehmer, also die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die man in einem "nunmehr geteilten Schicksal" verbinden wollte, nicht übergangen werden. Die Verträge erwähnen ausdrücklich "die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen" und weisen darauf hin, daß diese Verbesserungen "im Rahmen der Fortschritte einander anzugleichen sind". Diese Formulierung ist all' denen gut bekannt, die sich an dem großen Werk der europäischen Integration beteiligen. Da die soziale Sicherheit in der modernen Gesellschaft eine wesentliche Rolle spielt, muß man sich in diesem Rahmen bemühen, diese Verbesserung und Angleichung tatsächlich zu verwirklichen.

Zur Unterrichtung über die Lage und die bestehenden Möglichkeiten hatten die drei Gemeinschaften eine große Europäische Konferenz über die soziale Sicherheit in Brüssel einberufen, auf der hauptsächlich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sechs Länder paritätisch vertreten waren und an der ferner Regierungssachverständige und einige unabhängige Fachleute teilnahmen. Es ging darum, die Methoden und Grenzen für eine Harmonisierung der Systeme in der Gemeinschaft herauszuarbeiten.

Programatische Voraussetzungen

Eine solche Konferenz ist natürlich durchaus im Sinne der Sozialdemokraten und entspricht in ihrer Zielsetzung der traditionellen Ideologie des demokratischen Sozialismus. Seit dem Bestehen der Soz. Internationale wollen die sozialdemokratischen Parteien "ein Europa, das es verstanden hat, das Trennende zu überwinden und sich immer enger zusammenschließt", wie es in der Präambel ihres "Gemeinsamen Aktionsprogramms" heißt, einen europäischen Zusammenschluss als Voraussetzung des Friedens in der Welt. Die Sozialdemokraten vergessen jedoch nicht, daß sie mittels der Instrumente der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit die wirtschaftliche und soziale Befreiung des Menschen weiterverfolgen, wobei sie sich auf den Grundsatz stützen, "jedem die Gewähr zu geben, daß er gleiche Chancen in bezug auf Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit haben wird", wie es auch im Programm der sozialdemokratischen Parteien Europas heißt.

... aber keine dogmatische Enge

Im gleichen Dokument heißt es weiter, daß ein wirksames System der sozialen Sicherheit eingeführt werden muß, das einen größtmöglichen Schutz vor den wesentlichen Risiken garantiert, daß die ungenügende Deckung bestimmter Risiken verbessert werden muß und die nationalen Systeme insgesamt im europäischen Rahmen harmonisiert werden müssen. Daraus ergibt sich eindeutig, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien der sechs Länder der Einberufung der Konferenz zustimmen mußten, obwohl sie wussten, daß nicht alles geregelt, ja überhaupt nicht beschlossen werden konnte, da sie nur eine beratende Funktion hat.

Die Delegierten der Gewerkschaften und einige Beobachter, vor allen die sozialdemokratischen Delegierten des Europäischen Parlaments haben die Arbeiten auf der Konferenz aufmerksam verfolgt, um für kommende Aktionen ihre Haltung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und den Idealen der Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität zum Siege zu verhelfen.

Man kann hier nicht unter dem sozialdemokratischen Gesichtswinkel mehr oder weniger maßgebliche Dokumente prüfen, die von einem Dutzend Ausschüssen und Unterausschüssen in einwöchiger Arbeit fertiggestellt wurden. Diese Schlußdokumente registrieren übrigens zumeist die gesetzliche Lage und die Meinungsverschiedenheiten einzelner Gruppen. Es ist jedoch lehrreich, wenigstens einige Punkte herauszugreifen, die uns eine allgemeine Schlußfolgerung ermöglichen.

Gegen jeden Gruppenegoismus

Was die Ausweitung der sozialen Sicherheit anbelangt, so scheint die Rooseveltische, britische und rein demokratische Konzeption, die darauf abzielt, die gesamte Bevölkerung zu erfassen, keine großen Fortschritte erzielt zu haben, so daß die Schlußfolgerung nahe liegt, daß der sozialistische Begriff der gleichen Chancen für alle mit Nachdruck propagiert werden muß. Um weiterhin über eine ihnen gefügte Führungsgruppe innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu verfügen, befürworten leider nur zu viele Arbeitgeber nach wie vor, daß dem leitenden Personal die Vorteile der sozialen Sicherheit vorenthalten werden und unterstützen ferner "Zusatzversicherungen", die zwar manchmal vorteilhaft sind, aber die Gefahr mit sich bringen, daß sich ein Kastengeist entwickelt und Solidarität und Gleichheit zerstört werden. Die Vertreter (sind sie auch immer echte Vertreter?) der nicht organisierten Arbeitnehmer gehen auch schon in diesen Kastengeist. Es zeigte sich, daß dieser Kastengeist auch im Finanzierungsausschuss herrschte, in dem hinsichtlich der staatlichen finanziellen Beteiligung keine sehr klaren oder verbindlichen Schlußfolgerungen erzielt wurden.

Angestrebte Ziele

Zu konzeptionellen Auseinandersetzungen um das allgemeine und das sogenannte strukturelle System kam es im Leistungsausschuss. Ähnliche Meinungsverschiedenheiten bestanden auch hinsichtlich der Versicherung.

Selbstbestimmung oder staatliche Organisation der Sozialversicherung; ferner prallten die verschiedenen Thesen hinsichtlich der Mindestdeckung und Gesamtdeckung sozialer Risiken hart aufeinander. Die Konferenz zog die Schlußfolgerung, daß unter Berücksichtigung insbesondere der wirtschaftlichen Aspekte ganz allgemein verbesserte Sozialleistungen angestrebt werden müßten, und

- * daß die Harmonisierung in einem Ausgleichssystem "durch eine
- * allmähliche Angleichung der Schutzmaßnahmen auf der Grundlage
- * des größtmöglichen Schutzes für die Arbeitnehmer" zu verwirklichen ist. Ausserdem müsse an Stelle des "Begriffes der Beihilfe (wo er noch besteht, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit und Invalidität) die Vorstellung einer echten sozialen Sicherheit treten, die alle Risiken, alle Fälle einschließt und unbegrenzt gewährt wird".

Da die Konferenz aber keine Beschlüsse fassen konnte, läßt sich kaum behaupten, daß den beiden letztgenannten Schlußfolgerungen allgemein zugestimmt wurde; andere Schlußfolgerungen, andere Berichte lassen das Gegenteil vermuten, was zu der Annahme führt, daß man es lediglich mit "Konfrontation" zu tun hatte.

Trotzdem: Konferenz war nicht vergeblich

Selbst wenn es sich nur um Konfrontation handelte, so war diese Konferenz doch nicht vergeblich, denn die grosse europäische Begegnung ließ die gemeinsamen Auffassungen und die Meinungsverschiedenheiten klar zu Tage treten. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird diese partiellen Übereinstimmungen zweifellos sorgfältig herausarbeiten und den zuständigen Stellen weitere Schritte vorschlagen, die diese schon voller Ungewißheit erwarten. Die Meinungsverschiedenheiten haben gezeigt, daß die Arbeitgeber und diejenigen, die sich oft ohne rechten Auftrag zum Sprecher der nicht organisierten Arbeitnehmer machen, die in Gang befindliche unaufhaltsame Entwicklung nicht verstanden haben. Sie widersetzen sich weiterhin dem natürlichen Lauf der Geschichte und bremsen oft in übertriebener und schädlicher Weise den unerbittlichen Gang des Fortschritts. Im Namen eines simplifizierten Individualismus stellen sie sich der völligen wirtschaftlichen und sozialen Befreiung in den Weg. Im Namen des Wettbewerbs und eines Kastengeists, der sein wahres Gesicht nicht zu enthüllen wagt, verletzen sie das Gefühl der Gleichheit, das eines der im Menschenherzen am tiefsten verwurzelten Gefühle ist, weil es Ausdruck des Verlangens nach Gerechtigkeit, dieses dynamischen grundlegenden Strebens des menschlichen Geistes ist,

Die Konferenz war nützlich, obwohl sie nicht die von den Sozialdemokraten gewünschten substantiellen Ergebnisse gezeitigt hat. Es wird daher weiterer Impulse bedürfen, um die deklarierten Ziele der Europäischen Gemeinschaften auch auf sozialem Gebiet zu erreichen.

Vorsicht im Strassenverkehrsrecht !

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Einer der sozialdemokratischen Verkehrsexperten, Johann C r a - m e r aus Wilhelmshafen, machte sich zum Wortführer aller Mitglieder des Bundestagsausschusses für Verkehr, als er zu Beginn der ersten Ausschuss-Sitzung im neuen Jahr mit spürbarem Groll ein Ärgernis zur Sprache brachte, das leider eher typisch als aussergewöhnlich zu nennen ist.

* Über bisher nicht eindeutig bekannt gewordene Kanäle wurde die
 * Öffentlichkeit über die geplanten Einzelheiten einer neuen Stras-
 * senverkehrsordnung informiert, deren Inhalt seither k e i n e m
 * der Abgeordneten bekannt geworden war.

Niemand wird die Notwendigkeit verkennen, das Verkehrsrecht in sinnvoller Weise dem raschen Wandel der äusseren Gegebenheiten anzupassen. Aber gerade auf diesem, den Alltag der meisten Staatsbürger berührendem Gebiet muss unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, als machten "die da oben" doch, was sie wollten. In ungezählten Presseveröffentlichungen, in Stapeln von Leserbriefen, im Rundfunk und Fernsehen wurde inzwischen die überwiegende Auffassung spürbar, dass es so, wie vorgesehen, nicht gehen dürfe.

Da es aber nun einmal die vornehmste Aufgabe der Regierenden ist, die unabweisbar notwendigen Regeln des Zusammenlebens - auch im Strassenverkehr - so zu gestalten, dass sie von der grossen Mehrzahl der Bürger verstanden, bejaht und damit zur Richtschnur ihres eigenen Handelns gemacht werden, traf der sozialdemokratische Abgeordnete und Ausschussvorsitzende Dr. Paul B l e i s s den Nagel auf den Kopf, als er eine A n h ö r u n g - nach dem in England bewährten Verfahren auch "hearing" genannt - für eine vermutlich im März stattfindende Sitzung des Verkehrsausschusses vorschlug.

Eine breite Öffentlichkeit, vertreten durch die Automobilclubs, die Organisationen der Verkehrsbetriebe, die Gewerkschaften usw., soll Gelegenheit erhalten, ihre Auffassung darzulegen. Über den Kreis der seither zu einem oder anderen Ministerium in Verbindung stehenden Stellen und Organisationen hinaus wird damit jetzt der Rahmen für die Abklärung der öffentlichen Meinung weiter abgesteckt.

Hierbei gilt es zu bedenken, dass nicht nur die eingangs genannte Neufassung der Strassenverkehrsordnung vor der Tür steht, sondern auch das zweite Gesetz zur Sicherung des Strassenverkehrs.

Auch die recht zögernd bearbeitete Reform des fast einhundertjährigen Strafgesetzbuches bringt wichtige Einzelheiten für den Kraftfahrer. Nicht zuletzt ist die Verschmelzung der nationalen Gesetzgebungen in eine allgemeingültige europäische - möglichst sogar weltweit internationale - Form das Gebot der Stunde.

In diesem Stadium scheint es besonders angebracht, einmal wieder die Elementarform des demokratischen Zusammenlebens zu praktizieren: Die gewählten Vertreter des Volkes lassen sich aus der Mitte der Staatsbürger heraus beraten und verarbeiten die so gewonnenen Erkenntnisse zu empfehlenden Hinweisen an die federführenden Ministerien.

Sylvanus Olympio

Nach der Ermordung des Staatspräsidenten von Togo

sp - Die Ermordung des Staatspräsidenten von Togo, Sylvanus Olympio, hat besonders in der Bundesrepublik größte Überraschung ausgelöst. Die verabscheuungswürdige Tat gab Anlass zu zahlreichen Kommentaren, die dem ermordeten Staatsoberhaupt volle Sympathie bekundeten. Die Überraschung über den Staatsstreich in der westafrikanischen Republik ist verständlich, da man sich daran gewöhnt hatte, die dortigen Verhältnisse als stabil zu betrachten und da auch die offene Sympathie des ermordeten Staatspräsidenten für die Bundesrepublik nicht nur anlässlich seines Staatsbesuches in Bonn vor zwei Jahren stets ausführlich dargestellt wurde. Hierbei hatte man scheinbar vergessen, daß Olympio ein sehr gestrenger Herr war, der die Führer oppositioneller Gruppen entweder einsperrte oder zur Emigration zwang. Selten gelangten hierüber ausführliche Berichte in die deutsche Presse. Wenn jedoch gelegentlich Nachrichten über oppositionelle Strömungen in Togo auftauchten, wurden sie meist entweder als "vom Ausland geschürte Machenschaften" oder als "kommunistische Umtriebe" abgetan.

Wie in vielen selbständig gewordenen afrikanischen Staaten spielen natürlich auch diese Motive für das Auftreten oppositioneller Strömungen eine gewisse Rolle; sie sind jedoch kaum entscheidend. Die Opposition in Togo erhielt deshalb Auftrieb, weil der ermordete Staatspräsident Olympio trotz vieler Warnungen nicht in der Lage zu sein schien, Ansätze für eine sozial ausgeglichene Entwicklungspolitik zu schaffen. Gut gemeinte Versuche dieser Art würden weniger von Olympio selbst, dafür aber umso mehr von einigen Regierungsmitgliedern als "Kommunismus" gebrandmarkt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß an dem Putsch zahlreiche jüngere Offiziere und Unteroffiziere beteiligt sind, die wiederholt in Manifesten eine neue soziale Ordnung gefordert hatten. Was die Opposition Olympio aber besonders vorwarf, waren dessen enge Bindungen zu führenden Wirtschaftskreisen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, die sich auch nach der Unabhängigkeitserklärung eine Konopolstellung in Togo gesichert hatten.

Noch ist nicht klar zu übersehen, wie sich das Attentat und der Putsch politisch auswirken werden. Möglicherweise wird die neue Regierung eine engere Verbindung zu der linksorientierten ghanesischen Regierung (Ghana ist das Nachbarland Togos) suchen und auch eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem anderen Nachbarland Dahome anstreben. Ob die Ermordung Olympios auch in anderen afrikanischen Staaten eine neue Entwicklung einleitet, bleibt abzuwarten.